

Danziger Zeitung.

№ 7351.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Rettigshagenstraße No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postämtern angenommen. Preis pro Quartal 1 R. 15 Gr. Auswärts 1 R. 20 Gr. — Inserate, pro Petit-Blatt 2 Gr., nehmen an: in Berlin: H. Albrecht, A. Klemmeyer und Hub. Rosse; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Hansen & Vogler; in Frankfurt a. M.: G. E. Daube und die Jäger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schäfer; in Elbing: Raumann-Herzmann's Buchhandl.

1872.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Paris, 20. Juni. In einer bei Thiers stattgehabten Besprechung der bedeutendsten Banquiers soll man fast einstimmig der Ansicht gewesen sein, daß die Contrahierung einer Anleihe im Gesamtbetrag von drei Milliarden einer Contrahierung über einzelne Theile dieser Summe vorzuziehen sei.

Die Verhandlungen der Partei der Rechten über die innere Lage des Landes sind neuerdings fortgesetzt worden und haben ausginglich noch zu dem Beschlusse geführt, eine Deputation an den Präsidenten der Republik zu senden, um denselben ihre Meinung über die inneren Verhältnisse vorzutragen. Diese Deputation wird heute durch Thiers empfangen werden.

Eine Gruppe von 8 Pariser Finanzinstituten wählte die Herren Germain vom Crédit Foncier, Daru von der Société financière, Douhet vom Crédit foncier zu Vertretern ihrer Interessen in den Verhandlungen mit der Rothschild'schen Gruppe. Dieselben entledigten sich ihres Auftrages, indem sie entwickelten, nicht als Concurrenten, sondern als Mittheilende wollten sie bei dem Willkürgeschäft ihre Institute betheiligen. Von Seiten des Vertreters des Hauses Rothschild wurde bei den Verhandlungen bestritten, daß das französische Gouvernement über 4 Milliarden in fremden Valuten voraus auf gekauft habe, um die erste Ratenzahlung zu leisten. Vor October sei keine Anleihe-Operation denkbar und man würde sich eventuell der Unterstützungsbereitschaft der betreffenden 8 Institute gern erinnern. (B. B. C.)

Marschall Forey ist heute Morgen 8 Uhr gestorben.

London, 20. Juni. Die heutigen Morgenblätter bringen Nachrichten aus Genf, denen zufolge die Verhandlungen des Schiedsgerichts eine günstige Wendung nehmen und ein Protest gegen die Verabreichung nicht zu erwarten ist.

Washington, 19. Juni. Die demokratischen Conventen von Arkansas, Alabama und Maryland haben sich für die Präsidialkandidatur von Horace Greeley erklärt. Präsident Grant hat die Stadt wieder verlassen und wird etwa 14 Tage abwesend sein.

Das Votum über das Jesuitengesetz und die Volks-Resolution.

Der Reichstag hat das Jesuitengesetz gestern in dritter Lesung genehmigt und darauf eine vom Abgeordneten Böttcher eingebrachte Resolution zum Beschluß erhoben, welche dem Reichskanzler gegenüber die Erwartung ausdrückt, daß dem Reichstage bei seinem nächsten Zusammentritt Gesetzentwürfe vorgelegt werden 1) über Einführung der obligatorischen Civilehe, 2) über Ordnung der Civilstandsregister. Leider stellte sich heraus, daß die conservative Partei nicht für die Resolution stimmte; es ist daraus wohl zu entnehmen, daß die Regierungen, namentlich die preussische Regierung, und der Reichskanzler bis jetzt wenigstens noch nicht sich entschlossen haben, auf dem Wege, welchen die Resolution bezeichnet, der Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche näher zu treten. Beide in der Resolution berührte Angelegenheiten werden wahrscheinlich noch vor dem Zusammentritt des Reichstages, welcher erst im nächsten Frühjahr in Aussicht steht, den preussischen Landtag, der schon im Herbst sich wieder versammelt, beschließen, da sie kaum noch länger aufgeschoben werden können. Es ist freilich wegen des bekannten Hindernisses, welches der preussischen Gesetzgebung

auf Schritt und Tritt sich entgegenstellt, als wahrscheinlich Resultat dieser Beratungen vorauszu- setzen, daß die Frage schließlich doch wieder an die Reichsgesetzgebung angelöst zurückkehrt. Doch auch abgesehen davon liegen in den meisten anderen Bundesstaaten die Dinge so, daß man dort ein Vorgehen der Reichsgesetzgebung in dem Sinne der gestern vom Reichstage angenommenen Resolution dringend erwartet. Die Abstimmung über das Jesuitengesetz hat dafür einen deutlichen Fingerzeig gegeben; die verhältnismäßig große Minorität, welche gegen dieses Gesetz votirte, beweist nicht, daß die Jesuiten außer bei den Ultramontanen sich noch bei anderen Parteien im Reichstage erheblicher Sympathien erfreuen, sondern sie beweist nur, daß man vielfach die Art, in welcher dieser erste Schritt gethan wird, nicht für die zweckmäßigste hält und nur von einer die Sache tiefer erfassenden Thätigkeit der Reichsgesetzgebung eine befriedigende Lösung dieser schwierigen Fragen erwartet. Unter der Mehrheit, welche für das Jesuitengesetz votirte, befinden sich freilich viele, welche die Maßregel an sich für etwas Günstiges gehalten haben; die überwiegende Zahl, vor Allem die liberalen Mitglieder, haben dieser Maßregel ihre Unterstützung aber bloß geliehen, weil sie dieselbe als einen ersten Schritt, der da gethan werde, betrachteten; wäre diese Auffassung nicht eine so weit verbreitete gewesen, so würde sich vermuthlich keine Majorität für das Gesetz zusammengefunden haben.

Angesichts des vorgestrichenen Votums, dessen Bedeutung ihnen nicht entgangen sein kann, haben die deutschen Regierungen die moralische Verpflichtung übernommen, bei den einzelnen gesetzgeberischen Fragen, welche demnächst aus gleichem Anlaß an sie herangetragen werden, nicht zu theil mit ihren Competenzbedenken zu sein. Es muß bei dieser Gelegenheit hervorgehoben werden, daß von Seiten der süddeutschen Minister, als es sich um die Frage der Competenzerweiterung der Reichsgesetzgebung auf das gesamte bürgerliche Recht handelte, die Bereitwilligkeit ihrer Regierungen erklärt worden ist, bei einzelnen Gesetzen, mit welchen das durch die Verfassung abgegrenzte Competenzgebiet überschritten wird, mitzutheilen zu wollen; demselben hat der preussische Minister v. Müllner nicht ausgetroffen, daß es z. B. sehr leicht wäre, die Zustimmung der süddeutschen Regierungen zu einem Reichsgesetze, welches die Civilehe einführt, als zu einer allgemeinen Ausdehnung der Competenz zu erhalten. Es wird jetzt Sache der süddeutschen Regierungen sein, dieses Wort einzulösen und insofern hat es seine besondere Bedeutung, daß der Antrag auf Einführung der Civilehe im Wege der Reichsgesetzgebung gerade von einem süddeutschen Abgeordneten eingebracht wurde. Es besteht der lebhafteste Wunsch, daß dieser Weg zu einer fruchtbareren Fortentwicklung der Reichsgesetzgebung führen und daß es nicht etwa dem preussischen Landtage allein überlassen werde, für die Civilehe unter allen den Hindernissen, die seine Thätigkeit lähmen, zu kämpfen.

Danzig, den 21. Juni.

Die Arbeiten des Reichstages sind jetzt abgeschlossen, das Jesuiten-Gesetz und die Resolution Böttcher des Bundesrathes zur weiteren Entscheidung übergeben. Die Ausführungsbestimmungen werden voraussichtlich von demselben nicht sofort in Angriff genommen, weil sowohl im Reichskanzleramt, als im preussischen Cultusministerium ein genaueres Verzeichniß der Orden vorhanden ist, welche zu jenen den

Jesuiten verwandten Congregationen gehören. Die Ausführungs-Verordnung wird sich durchaus nicht an die Bezeichnung dieses oder jenes Ordens, sondern lediglich an dessen Wirksamkeit halten, und dadurch ist die Verwaltungsbehörde in die Lage versetzt, auf einfache Anordnung des Bundesrathes gegen bestimmte Orden an bezeichneten Orten vorzugehen. Ob es gelingen wird, Jesuiten und Jesuitenfolger damit aus dem Reiche zu vertreiben, das bleibt dahingestellt. Die Aushebung der Jesuiten-Religion und das Verbot der verwandten Congregationen werden die Truppen des Pater Bede an der Fortführung ihrer Minorarbeit gegen den Staat wenig hindern. Mit der Rute angethan, werden sie das Land verlassen, und in Frack, Glace-Handschuhe und Pastiefeln werden sie wiederkommen. Aber ihre Allgegenwart und ihre Organisation wird durch die Ausweisung auf Augenblicke zerstört. Dem selbstständigen Clerus wird es möglich auszuathmen, Muth zu fassen, sich zu gemeinsamer Befreiungsthat zusammenzufinden. Mögen noch so viele Emancipations-Veruche scheitern, endlich wird doch die Kirche aus der Kirche herausreformirt werden. Mit der vom Terrorismus der Jesuiten befreiten Kirche, mit dem in seinem Vaterlande und seinem Volke wurzelnden Clerus aber kann und will die weltliche Gewalt in Frieden leben. Dazu braucht sie aber — und das wäre wichtiger als das Jesuitenverbot — Geistliche, die nur im Vaterlande gebildet sind. Solange das Collegium germanicum in Rom und alljährlich seine Böglinge massenhaft in die Reichsstühle und auf die Kanzeln schickt, kann diese Reform von innen heraus nicht beginnen. Man täusche sich dabei selbst über die Tragweite der Civilehe nicht. Als ob nicht am Rheine, wo die Jesuiten allmächtig herrschen und eine Frohnleichnams-Prozession ohne Verwundungen von Protestanten oder liberalen Katholiken undenkbar ist, die obligatorische Civilehe seit sechzig Jahren bestünde, und als ob die Civilehe die Verblüffung des französischen Landvolkes unter Louis Napoleon gehindert hätte!

Während dieser neue Krieg beginnt, kommt der andere seinem definitiven Friedens-Abchluss immer näher. Die Verhandlungen Arnims mit Thiers scheitern, selbst in „und noch der schließlichen Sanction in Berlin zu bedürfen. Lieber alle Modalitäten hat man sich bald geeinigt, beide Theile sind natürlich von dem Wunsch erfüllt, einen Zustand so bald wie möglich aufzuheben zu sehen, der beiden Beschwerden, Lasten, Verlegenheiten bringen muß. Aus dem Champagnerlande werden unsere Soldaten abzurufen, sobald die Verfaller Verabredungen sanctionirt sind und da die französische Regierung die erste halbe Milliarde baar liegen hat, für den Rest bereits eine Anleihe negociirt, so dürfte die Räumung schnell fortgeschritten. Dann hat Thiers seine Schuldigkeit gethan und kann gehen, mitamt der Versailler Versammlung. Immer noch beruft sich Linke wie Rechte, sobald es in ihren Kram paßt, auf den Pakt von Bordeaux; mit der Zahlung der letzten Milliarde und der Räumung von Belfort ist dieser hinfällig und neue Wahlen bringen neue Leute nach Versailles und die neuen Leute werden sich beileben, Frieden mit Paris zu schließen, zurückzukehren und sich um die inneren Fragen zu kümmern, die jetzt nur halb gelöst oder systematisch verpufft werden. Die republikanischen Blätter haben es kein Fehl, daß man dann sofort die Correctur der Gesetze vornehmen wolle, die von der National-Versammlung gemacht wurden. Ob dann noch Raum für Thiers auf dem Präsidentenstuhle bleibt, werden die Wah-

len lehren; jedenfalls wird dann eine Epoche der Reformen im Verwaltungs- und Finanzwesen zu gewärtigen sein, die nicht nach der Schablone der „Deen“ des alten Herrn geschnitten werden dürfen. Vorläufig beherrscht er die Situation noch absolut. „So machen Sie sich Ihr Gesetz doch allein!“ rief Dahirel dem Präsidenten zu, als dieser in sehr berber Lebhaftigkeit der Versammlung auseinandersetzte, daß die Einzelbestimmungen in dem Rekrutierungsgesetz schon vor einer Commission sehr schwer, fast unmöglich aber vor 700 Köpfen zu discutiren seien. Und in der That wäre dies Auskunftsmittel das einfachste, denn seitdem Thiers der Versammlung so brüsk den Stuhl vor die Thür gesetzt, hat sie alle Lust und allen Muth verloren, ernsthafte Opposition zu machen. Die Versammlung streicht jetzt aus dem Rekrutierungsgesetz auf seine Ordre Alles heraus, was die allgemeine Dienstpflicht zur Wahrheit machen könnte. Thiers will und wird die alte französische Berufsarmee wieder herstellen. Dazu hat er seine fünfjährigen Soldaten und neben diesen einjährige und sechsmonatliche, für welche letztere die allgemeine Dienstpflicht wohl kaum mehr als dem Namen nach existirt.

Während Frankreich und Deutschland nun der Ausführung des Friedens mit schnelleren Schritten entgegengehen, scheint die Alabama-Angelegenheit auf's Neue in's Stoden zu gerathen. Als man im vorigen Jahre durch den Vertrag von Washington diesen Streit zu beenden glaubte, rühmten die Engländer sich hochmüthig ihrer Kunst, internationale Differenzen unter Berücksichtigung der Cultur unserer Tage in „Frieden und Freundschaft“ zu schlichten und mancher Seitenhieb fiel dabei auf Deutschland, welches in denselben Tagen die Ernte seiner unermeßlich opferreichen Ausaat einzubringen bemüht war. Aber der bisherige Verlauf dieses ersten größeren Versuches, internationale Differenzen mittelst eines Schiedsgerichts zu ordnen, läßt diese Methode grade nicht geeignet erscheinen in Fällen, in welchen es sich um Wahrung der Unabhängigkeit und Integrität eines Landes handelt, Lebensbedingungen, welche keine aufwärtsstrebende Nation jemals von einem Schiedsgerichte abhängig machen wird. Auch das Genfer hat seine Sitzungen jetzt wieder auf eine Woche vertagen müssen, weil alle Anwesenden zu einer principiellen Einigung der Streitenden bis jetzt fehlen. Die Londoner Blätter hoffen zwar an wieder auf eine günstige Wendung zum Frieden, keiner der Theile will indessen seinen Standpunkt aufgeben.

Da scheint diesmal selbst der sonst unerbittliche Paps Pius von friedlicheren Stimmungen beherrscht zu sein, wenn vielleicht auch nur aus Versehen. Der Paps spricht in seinem neuesten Briefe an Antonelli ganz unverkennbar von der „italienischen Regierung“, kritirt deren Maßregeln und behauptet die intendirte Aufhebung der religiösen Körperschaften. Damit erkennt der heilige Vater aber indirect die Regierung in Rom an; zusammengehalten mit der Thatsache, daß seine Sendungen die Erlaubniß erhielten, sich den italienischen Gerichten in dem eben beendeten Proceß zu stellen und damit deren Auctorität anerkennen, beweist das wohl zur Genüge, daß die Curie vorläufig keinen Halt bei andern Mächten zur Fortsetzung ihres Widerstandes mehr findet.

Victor Emanuels Thron besetzt sich, während der seines Sohnes noch immer bedenklich wackelt. Wenn es wahr ist, daß so eben ein Haufe Garibaldianer sich nach Spanien einschiffen, um dort den Republikanern in ihrem Aufstande gegen König

Die deutschen Ostmarken.

Jubiläumsbetrachtungen.

V.

Die polnische Zeit. 2.

„Die polnische Regierungsform trägt die Schuld.“ Das ist die am weitesten verbreitete Ansicht. Es ist viel Wahres daran. Die Polen fanden es unbequem, dem Gesetz zu gehorchen; so wurde ihnen von der Geschichte zuerst das Befehlen gelegt und die Schule des Gehorhams, des unruhlichen, härteren Gehorhams gegen die Willkür, blieb dann gleichfalls nicht aus. Diese Dinge sind klar und bekannt; merkwürdig aber und lehrreich ist es, welchen Weg ihre Entwicklung ging. Wir haben daran erinnert, wie auf der Vereinigung mit Litauen der ganze Bau der polnischen Macht sich erhob. Es ist jetzt hinzuzufügen, daß dieser nämlich, überwältigende Zuwachs von äußerer Kraft mit der Wendung zusammenfällt, in welcher der stolze Strom des polnischen Glühs die Richtung auf den noch fernern, aber dann nicht mehr vermeidlichen Abgrund nahm. Nicht umsonst haften die Erinnerungen der polnischen Patrioten mit besonderer Liebe an dem Namen ihres großen Kasmir, des „Bauernkönigs“ († 1370). Ein wirklicher Herrscher, hat dieser letzte königliche Sproß der Piasten im Sarmatenlande Recht und Ordnung geschüttet, dem Willen und der Kraft seines Volkes den Weg gewiesen. Drei und vierzig Jahre nach seinem Tode, als sich unter dem Litauer Jagello jene Adelsverbrüderung zu Poroblo (1413) vollzieht, treten uns schon ganz andere Zustände entgegen. Zum ersten Male handelt der vereinigte Adel in selbstherrlicher Kraft, als Vertörperung der Nationalmajestät. Unklar sind noch die Befugnisse der neuen Körperschaft, unbestimmt die Grenzen ihrer Zusammenfassung und ihres Wirkens; um so stärker die Verlockung zu Uebergriffen, um so mehr erscheint sie als das naturwüchsigste Erzeugniß dieses Bodens. Ueberst war die „Ranzei“, die Corporation der höchsten Beamten mit wachsendem Einfluß dem früher unbefruchteten Könige zur Seite getreten. Ueber-

all war sie in des Monarchen Gefolge; schon am Anfange des fünfzehnten Jahrhunderts gestaltete sich dieser Keim des späteren „Senats“ zur Oligarchie; um ihn kräftigste sich dann, bei mächtigen, aufregenden Fragen, die Masse des Adels, zum Reichstage anzuwenden; keine Volksvertretung, vielmehr die tumultuarische Vertkörperung der wehrhaften, zur Herrschaft anstrebenden Volksklasse selbst. Da vereinigten sich die Instincte der alt-slavischen Bauerndemokratie mit den Beispielen des feudalen Europas zur Erzeugung des Herrscherthums der Freiheit: ein herrschender Stand, nicht nur gewaltthätig nach oben und unten (das war auch anderswo schon oftmals vorhanden), sondern auch zügellos, unorganisch in sich. Daß man die Könige zur selben Zeit auch vertragsmäßig zu beschränken suchte, ist nicht polnisch, sondern mittelalterlich. Wie Deutschland seine Wahlcapitulationen, hatte Polen seit 1430 (als Jagello um die Nachfolge seines Sohnes Wladislaw verhandelte) seine Pacta conventa. Nirgend aber, auch bei uns nicht, haben diese Verträge in diesem Grade das Gepräge der Scham- und maßlosesten Selbstsucht der Privilegirten getragen, wie bei diesen Sarmaten. Schon die Jagellonen hatten trotz ihrer glänzenden Weltstellung schwer darunter zu leiden. Zwei Jahre nach dem Thorner Frieden (1468), im frischen Glanz des Erfolgs, sah sich Kasmir IV. zur ausdrücklichen Anerkennung der Adelshegemonie genöthigt. Aus den Kronbüchern stellte Sigismund II. 1562 die südböhmische Grenzmark her und die Witte drängt sich die reiche Aristokratie, die keinen Gulden dafür hergeben mochte, dann zu den Befehlshabern stellen. Das 1572 beginnende Wahlkönigthum läßt die letzten Dämme der Selbstsucht zusammenbrechen. Man erröthet für das „ritterliche“, „freie“ Volk, wenn man die Bedingungen stellt, die es dem ersten Wahlkönige, Heinrich von Anjou, abpreßte: Auf seine Privatkosten soll der Franzose ihnen eine Flotte halten, sowie 4000 Gasconer zum Schutz gegen Rußland; dazu aus seiner Tasche die Reichsschulden zahlen. Auf dieser abschüssigen Bahn der rands- und handlosen Selbstsucht ist es

dann weiter gegangen, bis man, in grausamer unwillkürlicher Selbstkritik den gewählten Königen ausdrücklich das Adelsbann verbot. (Wäre in Spanien und Griechenland, resp. Rumänien auch nächstens nöthig.) Vergeblich, daß einzelne Ehrenmänner, wie Stephan Bathory (1576–1587), Johann Kasimir (1648–1668), Johann Sobiesky (1674–96) ihre Kraft und ihren guten Namen in diesen Fehrschach einsetzten. Schon 1652 zieht die „polnische Freiheit“ ihre letzte Consequenz, da der Littauer Sigismund durch seinen willkürlichen, persönlichen Einspruch den Reichstag sprengt. Das „Librum Veto“, diese freche, barocke Caricatur der römischen Tribünengewalt, wird bald zum gefeierten Palladium dieser „Verfassung“. Das Schauspiel von 1652 wiederholt sich 1664, 1696. Im Jahr 1683 muß der von Frankreich für das Veto engagierte Landbote sich betrinken, damit unterdessen ein Beschluß des Reichstages zu Stande kommt. Unter August III. (1733–1763) wird in zwanzig Jahren ein einziger Reichstag nicht gesprengt. Es kamen die Tage, da sich das europäische Urtheil über Polen in die Worte Friedrichs II. zusammenfachte: „Die Polen sind eitel, stolz im Gluck, kriechend im Unglück, zu Allem fähig für Geld, das sie nachher wegwerfen, frivol und bigott, ohne Urtheil, stets bereit, ohne Gründe eine Partei zu ergreifen oder zu verlassen, und sich durch die Folgebildigkeit ihres Betragens in die äbelfsten Lagen zu stürzen. Die Weiber leiten die Intriguen und schalten über Alles, während die Männer sich betrinken.“ Man sah in der Mitte Europas ein ritterlich tapferes Volk, dessen Grenzen kein Mensch respectirte, ein gutmüthig-liebenswürdiges Volk, bei dem das Faustrecht kaum so schlimm wüthete, als die Corruption der Gerichte; eine beanlagte, geistreiche Volk, in dessen Sitten raffiniertes Franzosenthum mit thierischer Rohheit sich paarte. Großmuth und gierige Käuflichkeit, Selbstenliebe und Wehrlosigkeit, Edelmuth und grausame Rechtsverhöhnung gehen Hand in Hand. Der Prunkpalast mit seidenen Tapeten und zerbrochenen Fensterscheiben und wüstem Garten neben

der rauchigen Lehmhütte, der planlos verhaarete Wald, der halb bestellte Acker, die von Büchern und Pfügen bedeckte Straße, über welche das prächtige Gepan oder der edle Reiter des Equus Polonus an tagelangen Aldergäulen vorüber jagt; das werden allmählig die landschaftlichen Attribute eines großen, von der Natur verschwenderisch ausgestatteten Reichs. Noch heute erkennt man in unserm polnischen Culmervande die deutschen Anseidelungen schon aus der Ferne an ihren Baumpflanzungen und Gärten. Man ritt, man spielte, man tanzte vortrefflich, man sprach französisch wie kein anderer Fremder, man trank galant aus dem Atlaschuh die Gesundheit der gefeierten Ballkönigin. Im Uebrigen betrank sich der Edelmann in Unger und der Bauer in Schnaps, und dann prägten sich beide mit dem Werkzeug, das eben zur Hand war, ließen sich beide gleich wehrlos von dem Juden ausrauben, der ihnen die Nähe des Rechnens ersparte. Das Bild würde aber seines wesentlichsten, entscheidenden Zuges entbehren, würde unverständlich bleiben trotz Adelsprivilegien, Wahlkönigthum und Librum Veto, wenn wir nicht hinzufügen müßten: Und man ließ sich, Vornehm und Gering, gleich slavisch und bekehrte vom Jesuiten gegen die Rezer hegen. Daß wir es kurz fassen: Auch Polen ist nicht natürlich, es ist an Vergiftung sich geworden, wie Spanien, die Gehen; an jenem Gifte, von dem sich Italien heute schwer und langsam erholt, an dem Frankreich dahin schießt, dessen unsere psychomatisch-robuste Natur sich unter furchtbaren Schmerzen, und leider auch noch lange nicht vollständig, entledigt hat. Die slavische Grundanlage, die Ungunst der Zeiten, die Fehler der Politiker, und — um anständig zu sprechen — auch die „guten Dienste“ der theilnehmenden nachbarlichen Freunde, haben dem römischen Altermelsgift in Polen leichteres Spiel gemacht. Aber der Krankheitsverlauf ist der allgemeine, und so lange die alte, ewig junge Giftmischerin noch am Krankenbette sitzt und in jeden Löffel Arznei ihre Würze thut, ist Genesung schwerlich zu hoffen. (Schluß folgt.)

Amadeus zu helfen, wie man zuverlässig berichtet, so wäre das eine zweite Auflage des Karrenfreies von Dijon. Denn das hätte, falls es gelänge, doch nur den Zweck, den Sohn des Königs vom Throne zu stürzen, dem der Alte von Caprea zum Throne von Italien verholfen hat. Doch benimmt der junge Savoyer sich so correct und verständlich, daß er, wenn auch seine Stellung in dem durchwühlten und corrumpten Lande nicht haltbar sein sollte, wenigstens mit dem Bewußtsein ins Privatleben zurücktreten könnte, daß er nach besten Kräften seine Pflicht gethan hat. Man versichert, daß die erste Verfügung, welche die neue Regierung treffen werde, die Absetzung jener Richter sein würde, welche sich eines Wahlmißbrauchs schuldig gemacht haben. Ob man allen Forderungen der Radikalen, welche die Trennung der Kirche vom Staate, Geschworenengerichte, die nationale Bewaffnung, Auflösung der Cortes, außer einer guten Verwaltung und Einführung von Erparungen verlangen, das wird wohl von einer unbefangenen Prüfung der Situation abhängen.

Deutschland.

△ Berlin, 20. Juni. Die Mehrzahl der Reichstagsabgeordneten hat noch mit den gestrigen Abend- und Nachtzügen Berlin verlassen. In Folge der Ueberhäufung wichtiger Reichstagsarbeiten gerade gegen den Schluß der Session hin dürfte man im Reichstagskanzlei Bedacht nehmen, den Geschäftsgang bezüglich der Vorlagen für den Reichstag in Etwas zu ändern. Vielleicht wird man sich entschließen, die Richtung weiter zu verfolgen, welche man bereits eingeschlagen hat, indem man zur Abkürzung der Vorarbeiten die Entwürfe den Bundesvollmächtigten zur Begutachtung in die Heimath gefendet hat. Jedenfalls ist es die bestimmte Absicht, für die Zukunft die Reichstags-Arbeiten nicht wieder bis in den Sommer hinein zu verzögern und alle Mühe darauf zu verwenden, dem Reichstage gleich bei seinem Zusammentritt wenigstens den größten Theil der Vorlagen und die wichtigsten Gegenstände zu unterbreiten. — Der Justizminister Dr. Leonhardt wird im August hierher zurückkehren, um dann, wie man hofft, seine volle Amtstätigkeit wieder aufnehmen zu können. Damit werden dann auch die Reichsjustizgesetze wieder lebhafter gefördert werden. Zur Zeit werden die Motive zur Civilproceß-Ordnung ausgearbeitet. Es ist damit der Ministerialrath Ausberg betraut, welcher bekanntlich bei den Vorarbeiten zu wichtigen Gesetzen theilgenommen war. — Das Militärstrafgesetzbuch, welches vom Reichstag und Bundesrath genehmigt ist, liegt dem Kaiser zum Vollzuge vor. Man glaubt, daß die Sanctionierung noch vor der Abreise des Kaisers erfolgen möchte. — In der nächsten Zeit sieht man der Berufung hervorragender Rechtslehrer an die hiesige Universität entgegen, so ist an den berühmten Germanisten Paul Roth in München eine Anfrage gerichtet worden, worauf jedoch eine Antwort noch nicht erfolgt ist.

BAC. Berlin, 20. Juni. Ueber zwei von den Gesetzen, welche der Reichstag noch in den letzten Tagen der Session zum Abschluß gebracht hat, liegen bis jetzt noch keine Erklärungen des Bundesrathes vor: Ueber das Reichsbeamtengezet und über die Seemannsordnung. Bei dem ersten Gesetz hatten die Regierungen einige Einwendungen erhoben. Der Punkt, welcher den meisten Anstoß erregt hat, besteht in der vom Reichstage gegen den Willen der Regierungen beschlossenen Aufhebung der Steuerbefreiungen der Reichsbeamten; wir nehmen nicht an, daß dieser Punkt ein so starkes Hinderniß bildet, daß um seinerwillen dieses wichtige Gesetz vom Bundesrathe abgemacht und zurückgewiesen werden würde. — Die Seemanns-Ordnung ist, nachdem sie in der Commission eine sehr gründliche Vorberatung erfahren hatte, auf Anregung einiger Mitglieder des Hauses einer nochmaligen Prüfung in Bezug auf die in ihr enthaltenen strafrechtlichen Punkte unterzogen worden. Es wurde dabei eine vollständige Verständigung erzielt, deren Resultat eine Reihe von Verbesserungsanträgen war, welche dem Hause vorgelegt und von diesem angenommen wurde. Auf diese Weise allein war es möglich, dieses wichtige Gesetz, über welches bereits zwei Jahre in den vorbereitenden Stadien verhandelt worden ist, zum Abschluß zu bringen. Von Seiten der Regierung ist über die Beschlüsse des Reichstages keine Erklärung abgegeben worden; es sollen noch einige Anstände dagegen vorhanden sein, namentlich soll die Wichtigkeit von der Commission in das Gesetz aufgenommene Bestimmungen bezeugen, daß auf Beschwerde von dreien aus der Mannschaft oder eines Offiziers eine Untersuchung des Schiffes wegen etwaiger Seemängeln oder ungenügender Entlastung mit Proviant veranlaßt werden muß. In dessen nehmen wir an, daß in Betreff dieses Punktes die Schwierigkeiten nicht derartige sind, daß sie nicht überwunden werden sollten, zumal da aus der Commission vertraulich mitgetheilt wird, daß in Betreff solcher Punkte, auf welche die Regierungen durchaus bestehen zu müssen glaubten, Veränderungen nicht getroffen und daß alle Veränderungen der strafrechtlichen Bestimmungen des Gesetzes unter Zustimmung der zahlreich in der Commission anwesenden Vertreter des Bundesrathes zu Stande gekommen sind.

+ Berlin, 20. Juni. Die Konferenz über das Volksschulwesen setzte gestern die Besprechung der Seminarien-Frage fort. Geh. Stiehl trat für die Nothwendigkeit der Errichtung besonderer Fortbildungseminare neben den bestehenden ein, durch welche namentlich den weiter gehenden Bedürfnissen der städtischen Volksschulen Rechnung getragen werden soll. Mehrere Mitglieder erklärten sich mit Entschiedenheit gegen dieselben; man hob hervor, daß man im Interesse der Einheit der Volksschullehrer-Bildung und in Besorgniß des Herabdrückens der Ziele des eigentlichen Seminars die Frage der Fortbildung der Lehrer in anderer Weise geregelt zu sehen wünschte. Bismarck sprach sich dann auch die Meinung der Konferenz gegen eine Scheidung in Stadt- und Landsschullehrerseminarien aus und sollte es der Verwaltung anheimgegeben bleiben, in solchen Fällen in geeigneter Weise mit Staatsmitteln hinzutreten, wo eine erhöhte Qualifikation für einzelne Unterrichtsfächer sich als Bedürfniß herausstellte. — In Bezug auf die Frage, ob Internat, ob Externat, sprach man sich entschieden gegen die Absterliche Abgeschlossenheit der Seminarien aus, hielt jedoch die Internate insofern für zweckmäßig, als dadurch den Seminaristen eine Erleichterung ihrer Existenz gewährt werde. — In Betreff des religiösen Charakters der Seminaristen

forbarte die Minderheit Simultan-Seminare, während die Mehrheit an der confessionellen Sonderung festhalten wollte. — In Bezug auf die Unterrichtsgegenstände und ihre Behandlung in den Seminarien wurde auf der einen Seite hervorgehoben, daß nach Vorschrift der Regulative eine außerordentliche Beschränkung maßgebend gewesen und auch wirklich durchgeführt worden sei; insbesondere müsse die Theorie der Erbsünde, welche die Regulative aufstellen, jede gesunde und verständliche Art, mit den Kindern in der rechten Weise umzugehen, verderben. Es sei deshalb durchaus notwendig, daß man die Anforderungen an die allgemeine Bildung der Seminaristen erhöhe und die Forderung an die Seminaristen stelle, alle ihre Bglinge mit der Befähigung, an gehobenen Stadtschulen zu unterrichten, zu entlassen. Die erste Hälfte der Seminarzeit müsse zur Erweiterung der allgemeinen Bildung der Seminaristen verwendet werden, während in der zweiten Hälfte die Fachbildung mit Bestimmtheit in den Vordergrund zu treten habe. Darum müßten die Seminaristen schon im zweiten Jahre in die Geschichte der Pädagogik eingeführt werden, wobei von Wichtigkeit sei, das Verständniß der Hauptsätze aus der Psychologie und der Didaktik anzubahnen, weil nur auf dieser Grundlage eine fruchtbringende Beobachtung und Handhabung des Unterrichtsbetriebes möglich sei. Das dritte Jahr müsse vorzugsweise dem practischen Unterricht in der Leitungsschule und der Unterweisung in der Pädagogik, Didaktik und Methodik gewidmet sein. Von der anderen Seite wurden diese Anforderungen in ihrer Berechtigung nicht gerade bestritten. Es wurde aber mehrseitig behauptet, daß die Regulative eine ausreichende Veranlassung und Anleitung zur Erfüllung dieser Anforderungen gäben. Die auch in dieser Konferenz von einer Seite mit Consequenz wiederholte Forderung: „Weg mit den Regulativen“ fand gewissermaßen eine Ergänzung durch die Erklärung eines Mitgliedes der Gegenpartei: „die Regulative seien ja doch tot und man möge von einem Toten nicht so viel Leibes reden“.

* Ueber die neuesten Verhandlungen mit Frankreich über eine beschleunigte Kriegskostenzahlung und derselben entsprechend schnellere Räumung der occupirten Departements bemerkt die „Berl. Aut.-Corr.“: Wenn nach Ansicht der Militärs, die darüber schließlich das letzte Wort haben, die Räumung eines Theils des von uns noch besetzt gehaltenen französischen Gebietes unter militärischen Gesichtspunkten zulässig erscheint, so ist es gewiß von Nutzen für das deutsche Reich und die einzelnen deutschen Staaten, wenn denselben demnach schon weitere Summen aus der französischen Kriegsschatzkammer zufließen. Es wird dadurch nicht bloß im Reiche, sondern auch in den einzelnen Staaten die Finanzreform in Gang kommen, da die aus der französischen Kriegsschatzkammer zu erwartenden Summen nun nicht mehr als hypothetische Einnahmen zu betrachten, sondern bei der Aufstellung der nächsten Etats schon in Berücksichtigung zu ziehen sind. Die Finanzfrage empfiehlt sich daher für die Zwischenzeit bis zum nächsten Zusammentritt der Landtage und des Reichstages zu eingehenden Studien.

— Von unterrichteter Seite geht der „Nordd. Allg. Ztg.“ die Mittheilung zu, daß die „offizielle“ Abstimmung der conservativen Fraktion des Reichstages gegen die Völkische Resolution nicht dahin auszugehen ist, als habe sich die Fraktion definitiv zur Sache selbst ausgesprochen wollen. Die conservativ Fraktion hat es aber für unpassend gehalten, sich über so wichtige Fragen beiläufig ohne jede Vorbereitung und gründliche Erörterung der damit zusammenhängenden Materien schließend zu machen und erwartet auch auf diesem Gebiete die Initiative der verbündeten Regierungen, welche allein in der Lage sind, ein einheitliches Ganges vorzulegen.

* Es ist jetzt bereits fest entschieden, daß der Staat allein und für seine Rechnung die Eisenbahn von Berlin nach Frankfurt a. M. bauen werde. Es scheint ebenfalls bereits festzustehen, daß die Vorarbeiten sich der Linie Berlin-Berth, Calbe, Wühlhausen, Eschwege zuwenden haben; von Bebra würde dann die bereits bestehende Bahn nach Hanau-Frankfurt benutzt werden. Dann ist die directeste Linie von Eschwege über Berlin nach Wiesbaden in den Händen des Staates.

* Auf die Nachricht der „Nordd. Allg. Ztg.“, daß der clerikale Abg. Graf Landberg von Abg. Wagener Mittheilung über den Zusammenhang der nationalen und ultramontanen Bestrebungen zwischen hier und Galizien erhalten habe, bemerkt die „Germ.“: „Nach den uns gewordenen Informationen sind die dem Grafen Landberg gewordenen Mittheilungen durchaus nicht geeignet, die öffentlich ausgesprochenen Insinuationen des Abg. Wagener zu substantiieren oder zu rechtfertigen.“

— Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, wäre der Preßgesetzentwurf für das deutsche Reich als in den Brunnen gefallen zu betrachten. Die Differenzen, die zwischen Bayern und Württemberg einerseits und Preußen andererseits in dieser Angelegenheit bestehen, sollen so groß sein, daß an einen Ausgleich zur Zeit nicht zu denken ist. Wir haben durchaus keinen Anlaß, über diese Differenzen mißvergnügt zu sein, denn bei der augenblicklich im Reichstage vorherrschenden reactionären Stimmung werden die auf die Preßgesetzgebung bezüglichen Fragen doch nicht im Sinne der freirechtlichen Interessen gelöst werden.

— Die Frist, welche dem Bischof Krementz durch das bekannte Excitatorium vom 11. Juni gestellt wurde, läuft heute ab. Wie indessen die „Sp. Ztg.“ hört, ist die Antwort des Bischofs nunmehr, also innerhalb der gestellten Frist, eingetroffen.

— Der „D. A. Z.“ wird von hier geschrieben: „Durch die Ablehnung des Regierungsvortrages betreffs der Cabettenanstalten ist man an allerhöchster Stelle äußerst empfindlich berührt, und zwar in so hohem Grade, daß bereits die Rede davon gewesen sein soll, vielleicht noch ist, den Bau der betreffenden Anstalt bei Lichtertsele zunächst aus kaiserlichen Mitteln in Angriff zu nehmen.“

— Seitens des Kultusministers sind Erlasse ergangen, welche das Verhältnis der Mitglieder geistlicher Genossenschaften zu der Volksschule betreffen. Diese Erlasse gehen, wie man hört, dahin, daß solche Mitglieder ferner nicht mehr an öffentlichen Schulen zugelassen seien und daß die bestehenden Verhältnisse einer Lösung entgegengeführt werden sollen.

— Die Theilnahme für die Wiener Ausstellung ist in Deutschland so rege, daß der für das Deutsche Reich angewiesene Ausstellungsraum

durch die Anmeldungen sechsfach bedeckt ist. Aus ganz Deutschland sind mehr als 8000 Aussteller angemeldet, darunter aus Preußen und den ihm angeschlossenen kleinen Staaten über 3400.

— Aus Westfalen schreibt man dem „Hann. Cur.“: Ober-Regierungsrath v. Eichhorn ist zum Präsidenten unseres Regierungsbezirk ernannt. Wantrup und Stoffer haben wir schon und nun den Sohn des Ministers v. Eichhorn dazu, dann wird es in Westfalen an der weiteren Stärkung des Orthoborgismus und der Nachsicht gegen die Jesuiten nicht fehlen. Wantrup, Stoffer und Eichhorn waren früher, als auch der edle Herr v. Wantrup-Erich noch das Abgeordnetenhaus beglückte, ein enges Kleeblatt, politisch wie religiös denselben Standpunkt einnehmend. Stoffer hat bekanntlich auf das Festgesetz gegen das Schulaufsichtsgesetz geredet; v. Eichhorn hielt sich still, soll in der ersten Abstimmung gegen, in der letzten, wohl auf einen deutlichen Druck von oben, für das Gesetz gestimmt haben. Jetzt wird er uns hierhergeführt. Wantrup ist der Schulkath unserer Regierung, deshalb vorzugsweise berufen, das Schulaufsichtsgesetz zu handhaben. Was aber thut er? Er besetzt mit Vorliebe, obgleich ihm in seiner Stellung als Schulkath kein übermäßiger Fleiß nachgerühmt werden kann, die Kanzel der Mindener Kirchen und hält Reden, die oft nicht unähnlich seinen Capucinaden im Abgeordnetenhaus sein sollen. Das mag hingehen; es ist ja Niemand gezwungen, ihn zu hören, er soll aber wiederholt diese Gelegenheit benutzt haben, um sein Herz über resp. gegen das Schulaufsichtsgesetz auszuschütten; insbesondere am zweiten Pfingsttage that er es in Gegenwart des scheinbar mit ihm übereinstimmenden stellvertretenden Regierungs-Präsidenten. Nun kommt zu diesen Männern der Herr v. Eichhorn hinzu. Wie wird da unser Schulwesen gedeihen? Es ist uns gradezu unbegreiflich, wie die Regierung grade für Westfalen solche Mißgriffe machen kann.

Essen, 19. Juni. Wie man nun genauer der „R. B.“ berichtet, ist der Strike der Bergleute gleichzeitig bei 28 Gewerkschaften mit 34 Schächten ausgebrochen. Die Zahl der feiernden Arbeiter beläuft sich augenblicklich auf 16,300. Der hieraus folgende Lohnverlust der Bergleute beläuft sich auf mindestens 20,000 M. pro Tag. Obgleich der tägliche Ausfall von Kohlen etwa 250,000 Schefel beträgt, wird ein Kohlenmangel einstweilen nicht eintreten, da alle Magazine reichlich versehen sind und auch viele Industrielle in letzterer Zeit für bedeutende Vorräthe gesorgt haben.

Erfurt, 19. Juni. Der hier tagende Congreß der socialdemokratischen Arbeiterpartei des Eisenacher Programms (Wobbeliebtschmidt), welcher von 55 Delegirten mit 11,000 St. besucht ist, beschloß, die Gründung einer Arbeiter-Union für sämtliche Gewerke Deutschlands.

Hedingen, 20. Juni. Bei der gestern in Garmingen stattgehabten Erzwahl für Eisen für das preussische Abgeordnetenhaus ist der Kreisrichter Cramer aus Hedingen (Fortschritt) mit 82 gegen 41 Stimmen gewählt. (W. Z.)

München, 18. Juni. Gegenüber den verschiedenen Zeitungsberichten, anlangend die Wiederbesetzung resp. Neubesezung einzelner Ministerstellen, bemerkt die „Münch. Post“: „Es ist nicht der Mühe werth, die zu treffende Wahl für das durch Graf Hagenbergs Tod erledigte Ministerium des kgl. Hauses und des Aeußern zur Zeit nicht wohl erfolgen kann, da nur der Cultusminister v. Luz, in München weilt, während die übrigen Staatsminister sich theils in Berlin befinden, theils Urlaub genießen. Im Interesse der Solidarität des Ministeriums dürfte es aber liegen, die Frage der Wiederbesetzung des erledigten Postens nur im Einvernehmen mit sämtlichen Staatsministern zu erledigen; deshalb ist wohl mit Recht anzunehmen, daß noch einige Zeit verfließen wird, bis die eingeleiteten Schritte zu einem definitiven Resultate führen können.“

Oesterreich.

Wien, 18. Juni. Vorgestern unternahmen etwa 10,000 Arbeiter hiesiger Gewerkschaften einen Gesamtaustritt nach dem Galizienberge. Auf dem Rückwege entstand zwischen den Mitgliedern des Bader-Fachvereins und der Polizei ein erster Conflict. Es scheint, daß die Behörde den ungeheuren Massenzug der Arbeiter als Demonstration nahm und daß besonders einige rothe Fahnen, die von den Ordern des Zuges getragen wurden, die Polizei zum Einschreiten bewogen. Da die Arbeiter der Aufforderung zum ruhigen Auseinandergehen nicht folgten und sich darauf beriefen, daß der Austritt behördlich angemeldet worden sei, so schritten die Polizisten zur Gewalt. Es wurden an 60 Verhaftungen vorgenommen. Es sollen an 300 Sicherheitswachmänner von Wien per Pferdebahn requirirt worden sein, um die Arbeitermassen zu gescheuen. Als es zum Kampfe kam, hieben die Polizisten mit der flachen Klinge rein, die Arbeiter (auch das schwache Geschlecht war stark vertreten) fochten mit Stöcken. Heute Nachmittag begibt sich eine Deputation des Arbeiter-Bildungsvereins zum Minister des Innern, um über die gestrigen Vorfälle Beschwerde zu führen.

— 20. Juni. Wie die „Presse“ mittheilt, dürfte das Gesetzkaiserers auf seiner Reise nach Berlin einen vorwiegend militärischen Charakter tragen. Außer dem Kriegsminister Rudn würden die Erzherzöge Albrecht und Wilhelm den Kaiser begleiten. Auch der Graf Andrássy wird sich im Gefolge desselben befinden, doch ist es noch unbestimmt, ob derselbe während der ganzen Dauer des Aufenthaltes des Kaisers in Berlin verbleiben werde.

Pest, 20. Juni. In den Comitaten von Trenczin, Dedenburg, Torontal, Temes, Weisenburg, sowie in Karlsburg und Ungarisch-Altenburg sind bei den stattgehabten Wahlen 19 Abgeordnete gewählt worden, welche zur deutschen Partei gehören, dagegen nur einer, welcher der Linken und einer, welcher der äußersten Linken angehört. In Pester Theresienstadt trug Rakoczy, welcher Deakist ist, mit 600 Stimmen Majorität den Sieg über den Gegenkandidaten Jolai davon. (W. Z.)

Preßburg, 18. Juni. Wie verlautet, haben die Bayern eines linksgerichteten Ortes in Ungarn, einen mit den Abzeichen des Candidaten der Deak-Partei durchfahrenden Kaufmann und dessen Kutscher erschlagen.

England.

London, 18. Juni. Wie viele reiche Leute in England sterben, folglich auch leben, läßt sich unter Anderem daraus ersehen, daß die Stempel-Gebühren für Testamente im letzten Finanz-

jahre nicht weniger denn 1,989,318 Pfr. ausmachten, wozu bemerkt werden mag, daß nur für bewegliches Vermögen Hinterlassenschaftsgebühren bezahlt werden und daß die Angaben der Erben über den Werth der Hinterlassenschaften sich nicht immer durch strenge Gewissenhaftigkeit auszeichnen.

— Die Hinrichtung der zum Tode verurtheilten Margarethe Diblane ist auf den 1. Juli festgesetzt; man zweifelt indes, ob in Anbetracht des Umstandes, daß die Verurtheilte von Seiten der Geschworenen der Gnade der Krone empfohlen wurde, das Todesurtheil vollstreckt werden wird.

Frankreich.

Paris, 18. Juni. In den präsidentiastischen Kreisen heißt es, daß Thiers in den ersten Tagen des Monats Juli an die Kammer eine Botschaft senden werde, worin er derselben über die Unterhandlungen Betreffs der Befreiung des Territoriums Bericht erstatten werde. Daß diese Unterhandlungen ein günstiges Resultat liefern, macht hier im Ganzen genommen einen guten Eindruck. Nur einige Blätter, wie „Public“, „Gaulois“ und andere, sind gegen die Unterhandlungen und wollen, „daß man Herrn v. Bismarck nichts bewillige, da derselbe Frankreich nochmals arg mitpielen werde.“

— Die Commission für den Antrag des Herrn v. Pressens auf Erlass einer wenn auch nur beschränkten Amnestie hat sich mit 8 gegen 5 Stimmen für Verwerfung dieses Antrages erklärt. — Der Marschall Bazaine ist von einem Unwohlsein, welches nicht die Bedeutung gehabt hat, die ihm einige Blätter beilegen, vollkommen wiederhergestellt. — Der Bataillonschef Carlier von der Commune, welcher von Autuil bis zu den Buttes de Chaumont, d. i. von dem Augenblicke des Eindringens der regulären Truppen in die Hauptstadt bis zur definitiven Bewältigung der Insurrection kämpfte und auch der Theilnahme an der Brandlegung der Docks von La Villette überführt ist, wurde gestern von dem 6. Kriegsgericht von Versailles zum Tode verurtheilt.

— Das „Journal de Paris“ meldet: „Eine Special-Commission, aus Generalen und aus Inspectoren des Wege- und Brückenbaues bestehend, hat das Tracé der strategischen Gürtelbahn festgestellt, die dazu bestimmt ist, die verschiedenen zu erbauenden oder vorhandenen Forts, Redouten und andere Werke um Paris zu verbinden.“

— 19. Juni. Die Nationalversammlung genehmigte die Artikel 54 und 55 des Kriegsdienstgesetzes betreffend die Annahme von Einjährig-Freiwilligen. (W. Z.)

— Wie verlautet, sollen die Unterhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland Betreffs der Befreiung des Territoriums beinahe beendet sein, und Graf v. Arnim, der seit letzten Sonntag in Versailles wohnte, wird seinen Aufenthalt in Paris nehmen. Der „Temps“ meldet über die Unterhandlungen: „Gestern übergab Thiers dem deutschen Botschafter eine Denkschrift, welche die detaillirten Propositionen des Abkommens enthält, deren Grundlagen bereits von Deutschland angenommen worden sind. Dieses Schriftstück wurde nach Berlin gesandt und man erwartet die Antwort von Bismarck. Wir haben die Basis des von beiden Parteien angenommenen Abkommens, dessen Abschluß unabweisbar in Bereitschaft steht. Heute können wir voraussagen, daß die Departements-Deputirten und Senate-Mitglieder nach der Unterzeichnung der Convention von der fremden Occupation befreit werden sollen.“ Sobald der Vertrag unterzeichnet ist, wird er in der Kammer mitgetheilt und ihr etwas später der Gesetzentwurf über die Anleihe vorgelegt werden. Die Anleihe selbst wird wahrscheinlich während der Ferien der Nationalversammlung aufgelegt werden. Es bestätigt sich, daß die Regierung die Ermächtigung verlangen will, die Bedingungen der Anleihe festzustellen. (R. B.)

— General Faidherbe, während des Krieges Ober-Commandant der Nordarmee und Anhänger Gambetta's, hat seine Entlassung eingereicht. Dieselbe ist auch angenommen.

Italien.

— Der „Monitore delle Strade Ferrate“ behauptet, daß die mit den Maschinen einer englischen Gesellschaft anzustellenden Bohrungsversuche am St. Gotthard nicht in kurzer Zeit bewerkstelligt werden können, weil zuvor die Richtung des bei Obbüden anzulegenden Einschnittes bestimmt und etwa 30,000 Cubikmeter Erde entfernt werden müssen. „So viel uns bekannt ist“, sagt das italienische Blatt, „versprechen die englischen Maschinen keine besseren Resultate als jene sind, welche die beim Durchstoßen des Col de Frejus angewendeten geliefert haben. Der Versuch am St. Gotthard wird nur beweisen, daß die italienische Gesellschaft über bessere Mittel verfügt, und die durch die neuen Experimente veranlaßte Verzögerung, zu welcher sich noch der Eintritt der schlechten Jahreszeit gesellen wird, dürfte nur die Folge haben, daß ein ganzes Jahr für den Bau des Tunnels verloren geht.“ Es ist immer eine verdröckliche Sache um die Concurrenz.

Spanien.

Madrid, 19. Juni. Der Finanzminister hat an die spanischen Agenten in London sowie in den anderen Plätzen, in welchen die Coupons der äußeren Schuld eingelöst werden, die Ordre ergehen lassen, die fälligen Coupons auszuzahlen.

Amerika.

New-York, 17. Juni. In Newyork, Boston und anderen Städten hatten die im Strike befindlichen Arbeiter außerordentliche Kundgebungen gemacht. Steinway's Pianofortefabrik wurde durch sie bedroht, doch gelang es der Polizei, den krawallfüchtigen Haufen auseinander zu treiben. — Dem großen Erie-See wird das Periscop gesteckt, daß er mit der Zeit vollkommen austrocknen werde. Sorgfältigen Messungen zufolge beträgt seine durchschnittliche Tiefe nicht über 120 Fuß, während sie beim See Michigan 1800, beim Obern-See 900 und bei dem Ontario-See 500 Fuß beträgt. Im Erie-See nimmt die Tiefe durch stetige Ablagerung von zugeschwemmter Thonerde zusehends ab und sein Wasserbeden wird dereinst vielleicht die Baustelle einer ewaltigen Stadt werden.

Lege. Depeschen der Danziger Zeitung. Angenommen 3 1/2 Uhr Nachmittags.

Versailles, 21. Juni. In der gestrigen Unterredung der Rechten mit Thiers bezüglich der innern Politik erklärte der Präsident, sein Streben sei auf Consolidirung der Republik gerichtet, deren Aufrechterhaltung die einzige Gewährleistung des Heiles von Frankreich sei; der Versuch einer monarchischen Restauration führe den Bürgerkrieg herbei. Seine Politik sei conservativ und er für die

Altjohannischer Synagoge.
Sonntags, den 22. d. M., Vormittags
10 Uhr: Predigt.
Die heute Morgen 6 Uhr erfolgte glückliche
Entbindung meiner lieben Frau Ottilie,
geb. Freymuth, von einem gesunden
Knaben zeige ich hiermit jeder be-
sonnenen Meldung an.
Rosenberg, den 20. Juni 1872.
Bernhard Landon.

Verlobungs-Anzeige.
Als Verlobte empfehlen sich:
Flora Josephohn,
Christburg.
Wolf Deutschland,
Danzig.

Gestern 9½ Uhr Abends entschlief unser
guter Sohn Franz im Alter von 9½
Jahren an Diphtheritis. Dieses zeigen wir
Verwandten und Freunden tief betrübt an.
Danzig, den 21. Juni 1872.
Herrn. Heim und Frau.

Bekanntmachung.
In unser Register zur Eintragung der
Ausschließung oder Aufhebung der ehelichen
Gütergemeinschaft ist heute sub No. 6 einge-
tragen, daß der Kaufmann Julius Eduard
Dominko in Marienburg auf Grund des
über sein Vermögen stattgehabten Concurses
für seine Ehe mit Wilhelmine Louise geb.
Klind durch Vertrag vom 22. Februar 1872
die bisher bestandene Gemeinschaft der Güter
und des Erwerbes aufgehoben und für die
Zukunft ausgeschlossen hat.
Marienburg, den 15. Juni 1872.
Königl. Kreis-Gericht.
1. Abtheilung. (9570)

Apfelwein, naturell, pr.
Flasche 4 Sgr., 12 Fl.
40 Sgr., empfiehlt
A. Fast, Langenm. 34.

Seine
Matjes-Heringe
erhielt neue Sendung
A. Fast, Langenm. 34.

Neue engl. Matjes-Heringe
und frische Bissaboner Kartoffeln empf.
Julius Tetzlaff.

Feinsten geräuch. Speck
pro H. 6 Sgr. bei Mehrabnahme und in
Eiten von circa 60 bis 80 H. Schwere, so
wie in Ritten von 400 bis 500 H., verkauft
und untersteuert, empfiehlt zu den billigsten
Preisen
A. W. Schwarz,
16 Kleidergasse 16.

Neue englische Matjes-Heringe emp-
fiehlt in 1/16 und 1/32 Gebinden,
sowie einzeln billigst
R. Schwabe, Langenmarkt
im grünen Thor.

Guter Mai-Kaffee u. Holländischen
Süßmilch-Kaffee empfiehlt in vor-
züglicher Qualität
R. Schwabe, Langenmarkt
im grünen Thor.

Feinste Limburger
Sabnenkäse
pr. Stüd 1½, 2, 3, 5 Sgr., in ganzen
Ritten billiger, piquanten Topfkäse, pr. St.
7 H., pr. Pfd. 2½ Sgr., empfiehlt
A. Baranski.

Delicate Dill- und Striemelgurken
empfiehlt billigst
A. Baranski,
Altst. Graben 16.

NB. Auswärtige Bestellungen werden
prompt ausgeführt.
Hellgelben Farin pro Pfd. 4 Sgr. emp-
fiehlt
A. Baranski.

Den Rest meiner
Sonnenschirme verkaufe
zu bedeutend zurückgesetz-
tem Preise.
W. Jantzen.

Importirte Havana-,
Hamburger u. Bremer
Cigarren
empfehlen zu Engros-Preisen
Petzke & Co.,
Danzig, Langgasse 74.

Wollacke,
Rübsenpläne
verkauft billigst
S. Reich,
Bischofswerder.

Heute beginnt bei mir der
Musverkauf
diesjähriger Strohhüte für Damen und Kinder zu ganz
bedeutend ermäßigten Preisen.
11. Adolph Hoffmann, 11.
vorm. Louis Dieke,
Wollwebergasse.

Die süddeutsche Bodencreditbank in München
gewährt auf ländlichen und städtischen Grundbesitz unkündbare und kündbare hypothekar-
ische Darlehne in baarem Gelde unter günstigen Bedingungen. Bezügliche Anträge
nimmt entgegen
Otto Lindemann, Danzig,
Bleienstraße No. 1.
(9674)

Westdeutsche Versicherungs-Actien-Bank in
ESSEN.
Garantiefonds (Grundcapital und Reserven)
Thlr. 2,135,975.
Nachdem das bisher zwischen uns und dem Herrn Geo. Engler in
Danzig bestehende Vertragsverhältnis gelöst worden, haben wir unsere General-
Agentur für den dortigen Bezirk dem Herrn A. P. Muscate dafelbst übertragen
und bitten wir, sich in Versicherungs-Angelegenheiten an den Genannten zu
wenden.
Essen, den 1. Juni 1872.

Der Director.
Lindemann.
Bezugnehmend auf vorstehende Annonce empfehle ich mich zum Abschluss
von Versicherungen gegen Feuer-, Blitz- und Explosionsschäden
bekens. Die Prämien der Gesellschaft sind fest und billig, um empfiehlt sich die-
selbe außerdem wegen ihrer bedeutenden Garantiemittel und ihrer sehr liberalen
Versicherungsbedingungen.
A. P. Muscate,
General-Agent der Westdeutschen Versicherungs-Actien-Bank.
Danzig, Langenmarkt No. 1.
(9642)

In Folge der Bestimmung des § 38 des Statuts der Neuen Westpreussischen Landschaft
machen wir hiermit bekannt, daß bei der von uns heute vorgenommenen Revision
für das Rechnungsjahr 20. Mai 1871/72 sich eine Einnahme ergeben hat:

1. beim Zinsen-Fonds von	86,325 Thlr. 22 Sgr. — Pf.
2. Tilgungs-Fonds von	48,335 „ 26 „ 9 „
3. Sicherheits-Fonds von	47,727 „ 2 „ 8 „
4. Betriebs-Fonds von	6,375 „ 3 „ 5 „
	190,766 Thlr. 25 Sgr. 1 Pf.

Hierzu treten die Bestände vom 20. Mai 1871:

1. beim Zinsen-Fonds von	14,091 Thlr. 19 Sgr. 6 Pf.
2. Tilgungs-Fonds von	100,686 „ 11 „ 11 „
3. Sicherheits-Fonds v.	160,483 „ 1 „ 11 „
4. Betriebs-Fonds von	43,379 „ 25 „ 10 „

so daß sich die Gesamt-Einnahme stellt auf

Die Ausgaben haben dagegen betragen:	
1. beim Zinsen-Fonds	82,908 Thlr. 28 Sgr. 6 Pf.
2. Tilgungs-Fonds	20,848 „ 13 „ 11 „
3. Sicherheits-Fonds	18,231 „ 13 „ 1 „
4. Betriebs-Fonds	2,812 „ 2 „ — „

es bleibt mithin am 20. Mai 1872 ein Bestand von

1. beim Zinsen-Fonds von	17,511 Thlr. 13 Sgr. — Pf.
2. Tilgungs-Fonds von	128,173 „ 24 „ 9 „
3. Sicherheits-Fonds v.	189,978 „ 21 „ 6 „
4. Betriebs-Fonds von	48,942 „ 27 „ 6 „

Die Bestände bestehen:

in 4% Pfandbriefen	18,030 Thlr. — Sgr. — Pf.
in 4½% Pfandbriefen	348,650 „ — „ — „
in baar	17,926 „ 26 „ 9 „

wie vor 384,606 Thlr. 26 Sgr. 9 Pf.

Am 20. Mai 1872 waren ausgereicht und in Cours gesetzt:

Pfandbriefe à 4 %	996,860 Thlr.
Pfandbriefe à 4½ %	3,325,890 „
im Ganzen	4,322,750 Thlr.

am 20. Mai 1871 dagegen:

Pfandbriefe à 4 %	992,030 Thlr.
Pfandbriefe à 4½ %	2,934,560 „
	3,926,590 Thlr.

die Pfandbriefschuld hat sich daher gesteigert um

am 20. Mai 1872:	
im Sicherheits-Fonds	189,978 Thlr. 21 Sgr. 6 Pf.
im Betriebs-Fonds	48,942 „ 27 „ 6 „
	238,921 Thlr. 19 Sgr. — Pf.

dagegen betrug dasselbe am 20. Mai 1871:

im Sicherheits-Fonds	160,483 Thlr. 1 Sgr. 11 Pf.
im Betriebs-Fonds	43,379 „ 25 „ 10 „
	203,862 „ 27 „ 9 „

es hat sich daher vermehrt um

35,058 Thlr. 21 Sgr. 3 Pf.	
----------------------------	--

und beträgt jetzt also 5,53 % der Pfandbriefschuld, wogegen es am 20. Mai 1871 nur

5,19 % betrug.	
----------------	--

Pfandbriefe-Anleihe sind in den zu den Regierungsbezirken Marienwerder und

Danzig gehörigen Landraths-Kreisen ausgethan, und zwar:	
im Kreise Conitz	3,500 Thlr. à 4 % und 179,850 Thlr. à 4½ %
„ „ „ „	235,800 „ „ „
„ „ „ „	277,060 „ „ „
„ „ „ „	229,150 „ „ „
„ „ „ „	66,100 „ „ „
„ „ „ „	358,790 „ „ „
„ „ „ „	222,070 „ „ „
„ „ „ „	28,920 „ „ „
„ „ „ „	183,170 „ „ „
„ „ „ „	253,630 „ „ „
„ „ „ „	574,700 „ „ „
„ „ „ „	24,750 „ „ „
„ „ „ „	236,040 „ „ „
„ „ „ „	83,640 „ „ „
„ „ „ „	27,000 „ „ „
„ „ „ „	10,000 „ „ „
„ „ „ „	81,900 „ „ „
„ „ „ „	30,300 „ „ „
„ „ „ „	223,020 „ „ „
Summa	996,860 Thlr. à 4 % und 3,325,890 Thlr. à 4½ %

4,322,750 Thlr.
Marienwerder, den 31. Mai 1872.
Der Engere Ausschuss der Neuen Westpreussischen
Landschaft.
v. Koerber. Blankenburg. Rüss. Niemeyer. John.
Sprizenschläuche,
genietete Lederschläuche, Treibriemen
von Leder fertig, rohe und gummirte hantse
Schläuche, Feuerreimer, Gummiplat-
ten etc. hält auf Lager und empfiehlt
Edwin Trosiener,
Danzig, 3ter Damm 2.
(9669)

Ausverkauf.
Herren-Strohhüte, feinste Panama- und
echte Italiener Hüte, fertig garnirt à 1 R.,
die 2½ bis 3 R. kosteten, breitrandige Ewahn-
hüte à 15 Sgr., Knabenhüte und Wägen à
7½ Sgr. empfiehlt
H. Krombach,
Langgasse 73.
(9669)

Ripspläne und
Getreidesäcke
größtes Lager zu allerbilligsten
Preisen bei
J. Kickbusch,
Firma J. A. Potrykus,
Holzmarkt- und Glodenhor-Ed.
Desgl. empfehle: Marquisen-
Zelte, Plan- u. Tapezierleinen
in allen Sorten billigst.

Fontainen, Garten- und
Park-Anlagen
empfehlen
Grottensteine à Str. 4 R., und
Gartenmuscheln à Stüd 20 bis
24 Cmt., das Hundert zu 12 R.
die Aquarien-Handlung von
August Hoffmann.

Grundstücks-Verkauf.
Das mir gehörige, in Gentomie No. 12,
1 Meile von Rahlitz und 1 Meile von Neu-
tisch belegene Grundstück, 207 A. 65 □ R.,
stelle ich, da ich Dirschau verlasse, unter
günstigen Bedingungen zum Verkauf.
Dasselbe ist mit 75 Sch. Winterung und
85 Sch. Sommerung gut bestellt, Wohn-
und Wirtschaftsbau-Gebäude sind neu, Inven-
tar complet.
Das Grundstück liegt hart an der Bahn
und eignet sich, da künftiges Jahr sicher auf
meiner Marke ein Bahnhof zu erwarten, bei
dem vorhandenen Lehm- und Torflager, zur
Anlage einer rentablen Ziegelei.
Moritz Lichtenstein,
Dirschau.

Ein Grundstück in der Nähe von Danzig,
an der Chaussee gelegen, worauf Gast-
wirtschaft betrieben wird, und welches sich
auch zur Milcherei und Käsewirtschaft sehr
gut eignet, nebst 4 culm. Morgen vorzüg-
lichem Ackerlande, Wiesen und Garten ist
aus freier Hand zu verkaufen. Näh. Brod-
bännergasse No. 31, 1 Treppe hoch.

Ein auf der Rechtstadt
gelegenes, mit Wasserleitung und Canali-
sation vollständig versehenes, sehr com-
fortabel eingerichtete Haus ist unter günstigen
Bedingungen zu verkaufen. Selbstkäufern
ertheilt nähere Auskunft
Ed. Klitzkowski, Heiligegeistg. 59.

Ein gutes Material- und Schant-Geschäft
wird von einem tüchtigen, zahlungsfähigen
jungen Manne zu pachten gesucht.
Offerten unter No. 9664 in der Exped.
d. Ztg. erbeten.

Ein Garten-Grundstück
mit einem großen Concert-Saal und einer
Regelbahn, worin auch Krämerlei und Holz-
geschäft betrieben werden kann, soll fami-
lienhafte halber bei einer mäßigen
Anzahlung verkauft werden. Selbstkäufer bel.
ihre Abt. u. 9666 in der Exp. d. Ztg. ein-
sehen.
Außer mehreren offenen und halbverdeckten
Wagen empfehle noch einen neuen
elegantesten Pommwagen mit ver-
schobenen Gefäßen, einen Glaswagen (Victoria),
mehrere Reit- und Wagensperde, ein Paar
fast neue Pommwagen-Gespanne, sowie ge-
brauchte und neue Sattel und Baumzeuge
zum Kauf.
F. Sczerpsputowski,
Reitbahn No. 13.

Am Heiligegeistthor liegen 2
Rähne mit 19 Mille Ziegel (Hart-
brand) zum Verkauf. Das Nähere
in „Stadt Marienburg.“
Zwei eichene Stämme und zwei eichene
fertige Pfeiler, wie auch einen
Windhund, der jeden Hafen apportirt,
hat zum Verkauf H. Steckmann in Alt
Niedland bei Belpin.

Eine Parthie Mauer-
steine und Biberschwänze
sind zu verkaufen Langen-
markt No. 18, 1 Treppe.
2 gebrauchte Spiritus-
Reinigungsgefäße
sowie mehrere ovale Lager- und Stand-
gefäße hat abzugeben
Carl Marzahn, Langenmarkt 18.

Ein complettes elegantes
Reitzzeug ist zu verkaufen
in der chemischen Fabrik zu Segan.

Ein großes Repositorium,
mit oder ohne Glasfenstern, wird zu kaufen
gesucht. Abt. mit Preisangabe unter 5000
in der Expedition dieser Zeitung.

250
fernfette Hammel
stehen in Galbien bei St. Eylau zum
Verkauf; 150 stehen für spätere noch auf
Mast. Näheres beim Inspector Frn. Hoppe
dafelbst.
Ein routinierter Kaufmann wünscht noch
für einige solide Firmen den Einkauf
westfälischer Fabrikate in Probe-Eisen- und
Stahlwaren zu besorgen.
Gef. Offerten befördert sub U. 4646 die
Annoncen-Expedition von Rudolf Morffe
in Berlin.
Ein verheiratheter Aufseher findet vom 1.
October oder Martin in Banlau bei
Danzig eine Stelle.

Freie Lehrungsstelle
für Apotheke, Mineralwasser-Fabrik und
Drogen-Handlung vacant bei Engelhard
in Graudenz.

Ein gewandter Correspondent, welcher der
englischen und französischen Sprache
mächtig ist, wird für ein Agentur-Geschäft in
Stettin zum sofortigen Antritt gesucht.
Offerten sub A. S. befördert **Carl**
Schüssler's Annoncen-Expedition (Abt.
Th. Schröder), Stettin, Schütr. 4.

Ein Philologe, während der Saison in
Joppot anwesend, wünscht dafelbst Un-
terricht zu ertheilen.
Näheres durch Herrn Oberlehrer Sta-
berow, Petrifirchhof No. 4. Auch können
gef. Adressen in der Exped. d. Ztg. nieder-
gelegt werden sub No. 9619.

Ein gebildetes Mädchen in gelehrten Jahren
sucht zur Stütze der Hausfrau oder
Pflegerin einer einzelnen Dame unter be-
scheiden Ansprüchen ein baldiges Placemnt.
Nähere Auskunft ertheilt Ober-Inspector
Sannemann zu Dembowalonta bei Briesen
in Westpr.

In mein Material-Kurz-
und Schnittwaaren-Geschäft kann ein
Sohn achtbarer Eltern, von auswärts, als
Beihülfe eintreten.
J. A. Grobdeck, Sr. Trampeln.

Eine Dame, welche Ende Juni nach Karls-
bad reist, wünscht sich einer andern
Dame, welche ebenfalls dorthin geht, anzu-
schließen. Gefällige Meldungen werden Hei-
ligegeistgasse No. 99, 2 Tr. hoch erbeten.
Ein zweiter Wirthschafter findet sofort
Stellung in Banlau bei Pöblau.

Ein Commis
mit guten Zeugnissen findet sogleich Stellung
bei A. Rahn in Schönbaum.

Ein junger Materialist,
flotter Expedient, in der Buchführung und
Correspondenz bewandert, und mit guten
Zeugnissen versehen, wünscht unter soliden
Ansprüchen zum 1. Juli oder August enga-
girt zu w. Abt. u. 9641 in der Exp. d. Ztg.

Ein gebild. junges Mädchen aus anstän-
diger Familie, welche in fein. Handarb. geübt,
und bereit ist, in der Wirthschaft behilflich zu
sein, sucht eine Stelle als Gesellschafterin auf
dem Lande. Hierfür reflect. Damen w. geb.
ihre Abt. u. 9626 i. d. Exp. d. Ztg. abzug.

Ein Material- und Schant-Geschäft nebst H.
Wohnung wird in einem freq. Theile
der Stadt zum 1. October c. unter anneh-
baren Bedingungen zu mietzen gesucht. Abt.
m. Preisang. u. 9629 in der Exped. d. Ztg.

Es wird in einer größeren Provinzial-
oder Kreisstadt Kommerns oder West-
preußens ein schon bestehendes älteres Ma-
terial-Waaren-Geschäft zu pachten gesucht.
Hierfür Reflectirende belieben ihre Abt.
mit Angabe der Bedingungen unter 9640 in
der Expedition dieser Zeitung niederzulegen.

Die bis dato von Herrn Hauptmann Ma-
loned innehabende Wohnung, am Holz-
markt gelegen, 1. Etage, bestehend aus 6
Zimmern, Küche, 2 Kammern, Keller, Wasser-
leitung und Canalsation etc. ist Verpachtung
halber von October für den Preis von 285
R. zu vermietzen.
Näheres Heiligegeistgasse 35, 2 Etage.

Eine Wohnung am Holmarkt gelegen, die
2. Etage, bestehend aus 5 Zimmern, 2
Kammern, Küche, Keller, Wasserleitung und
Canalsation etc. ist Abreise halber von Oc-
tober für den Preis von 250 R. zu verm.
Näheres Heiligegeistgasse 35, 2 Etage.

Ein freundliches Parterrezimmer, anständig
möblirt, ist an einen o. zwei Herren zu
vermieten, auf Wunsch mit Bedienung.
Heiligegeistgasse No. 106.

20 R. 24 L.
Heute, Freitag, den 21. d. Mtd.,
Abends 8 Uhr, im Kaffeehaus Rengarten
No. 1. Tagesordnung: Vorstandswahl, Ex-
itemangelegenheiten.
HUNDE-HALLE.
Heute Fischessen.
Bestes Lagerbier.
Depot von fremden Bieren.

Café d'Angleterre,
früher „drei Kronen“,
Langebrücke, am Heiligegeistthor.
Täglich großes Concert u. Auftreten einer
neu engagierten Gesellschaft, alle Biere auf
Eis, piquettes Billard. **Rudolph Hein-**
Borläufige Anzeige.
Kaffee-Haus
zum
freundschaftlichen Garten.
Dienstag, den 25. Juni, Nachmittags 5 Uhr,
großes Garten-Fest,
Doppel-Concert und
Schlachtmusik,
ausgeführt von den Musikbänden des 3. Ost-
preuss. Grenadier-Regiments No. 4, des Ostpr.
Feld-Artillerie-Regiments 2. Abtheil. No. 1 und
von einem Tambour- und Hornisten-Chor,
zusammen 65 Mann. Zum Schluss die Por-
tugiesische bengalische Beleuchtung. Der
Garten wird festlich geschmückt und illuminiert
sein. (9581)

Buchholz, Weyer.
Splidts Etablissement
in Jäschenthal.
Sonntag, 23. Juni, am Johannisfest:
CONCERT
der Kapelle des Rgl. Ostpreussischen Pionier-
Bataillons No. 1, unter Leitung des Musik-
meisters Herrn Fürstenberg.
Anfang 5 Uhr. — Entree 1 Sgr.
Contre-Martin werden verabsolgt.
Entreefreie Plätze sind nicht vorhanden.

Selonke's Etablissement.
Sonntags, den 22. Juni. Große Vor-
stellung und Concert. U. A. zum ersten
Male: Das kommt davon. Lustspiel.

Rebaction, Druck und Verlag von
A. W. Kafemann in Danzig.
Hierzu eine Beilage.

Danzig, den 21. Juni 1872.

Eine zweispännige Dreschmaschine hat
zum Verkauf H. Stedmann in Alt
Mösland bei Belwin.

PROSPECT.

Deutsche Hypotheken-Bank

Actien-Gesellschaft, Berlin.

Einladung

zur

Subscription auf 1,500,000 Thlr. Actien

in 7500 Stück à 200 Thaler mit 40 % Einzahlung.

Der außerordentliche Aufschwung der Bauhätigkeit in den größeren Städten und das Bedürfnis der ländlichen Grundbesitzer, der mächtigen Entwicklung des Verkehrs und der Industrie nachzufolgen, nehmen das Kapital in so ungewöhnlichem und anhaltend steigendem Maße in Anspruch, daß neben den älteren Realcredit-Anstalten für ein neues ähnliches Institut ein reiches Feld fruchtbringender Thätigkeit bleibt. Von dieser Erwägung ausgehend, haben die Unterzeichneten durch Statut vom 13. Februar 1872 die

Deutsche Hypotheken-Bank (Actien-Gesellschaft) zu Berlin

ins Leben gerufen, welcher durch Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 3. April d. J. das Privilegium zur Ausgabe von Hypothekenbriefen, welche auf den Inhaber lauten, erteilt worden ist. Mit eingehendster Sorgfalt ist von den Ressortministerien das Statut der Deutschen Hypothekenbank geprüft und festgestellt worden. Zu dem Geschäftskreis derselben gehört das Hypotheken-Geschäft in allen seinen Zweigen, die Emission von Hypothekenbriefen, sowie ein in soliden Grenzen sich bewegendes Bankgeschäft, welches mit Ausschließung aller Speculationsgeschäfte eine ruhige Verwendung der disponiblen Gelder gestattet. Die Hypotheken, welche den auszugebenden Papieren zur Unterlage dienen, bieten eine unzweifelhafte Sicherheit. Eine günstige Aufnahme dieser Hypotheken-Briefe Seitens des eine vorsichtige Kapital-Anlage suchenden Publikums darf um so mehr erwartet werden, als sich die Papiere von anderen gleich gut fundirten Instituten bereits in vollem Maße das Vertrauen des Publikums erworben haben.

Es läßt sich hiernach eine günstige Entwicklung des neuen Instituts mit Bestimmtheit erwarten, und die Kapital-Anlage in dessen Actien darf als eine besonders sichere und vortheilhafte angesehen werden. Dies um so mehr, als der Cours der bisher concessionirten Bodencredit-Anstalten erheblich über Pari ist.

Von dem Grundcapital von Drei Millionen Thalern, welches mit ministerieller Genehmigung auf zehn Millionen erhöht werden kann, werden hiermit

1,500,000 Thlr.

mit 40 % Einzahlung unter nachstehenden Bedingungen zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt.

Die Subscription findet zum Course von 106 nebst Zinsen à 4 % vom 1. Juli cr. ab

am Montag, den 24. Juni und Dienstag, den 25. Juni

während der üblichen Geschäftsstunden statt und zwar

in Berlin bei der Deutschen Union-Bank,

„ „ „ „ Herrn A. Paderstein,

„ „ „ „ Danzig bei Herren Baum & Liepmann,

„ „ „ „ Breslau bei der Breslauer Disconto-Bank (Friedenthal & Comp.),

„ „ „ „ Dresden bei dem Sächsischen Bankverein,

„ „ „ „ Halle bei dem Halleschen Bankverein (Kulisch, Raempff & Co.),

„ „ „ „ Königsberg bei dem Herrn Ernst Castell,

„ „ „ „ Posen bei den Herren Hirschfeld & Wolff,

„ „ „ „ Stettin bei der Stettiner Vereinsbank.

Im Falle einer Ueberzeichnung tritt eine verhältnismäßige Repartition ein.

Bei der Subscription muß eine Caution von 10 % des Nominalbetrages entweder in Baar oder courshabenden Effecten hinterlegt werden.

Die Zuteilung erfolgt nach Schluß der Subscription.

Die Abnahme der zuertheilten Stücke hat vom 2. bis 5. Juli cr. zu erfolgen.

Bertheim & Frentzel.

N. Helfft & Co.

A. Paderstein.

Jacob Saling.

Gebr. Schiff.

S. & M. Simon.

Redaction, Druck und Verlag von H. W. Raftmann in Danzig.